

## G-20-Länder haben es auf Milliardäre abgesehen

Industriestaaten liebäugeln mit einer Mindeststeuer für Superreiche – in der Schweiz lösen diese Pläne Abwehrreflexe aus



Die Schweiz ist ein beliebtes Ziel für sehr vermögende Personen, zum Beispiel St. Moritz.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

DAVID VONPILON

Es war nicht weniger als eine steuerpolitische Revolution. Vor drei Jahren einigten sich die Industriestaaten auf die weltweite Durchsetzung einer Minimalsteuer von 15 Prozent für international tätige Grosskonzerne. Gut 130 Staaten sprachen sich damals für die Schaffung eines globalen Steuerkartells aus; mittlerweile haben die meisten EU-Länder und auch die Schweiz das neue Regime eingeführt, wenn auch zähneknirschend.

Obwohl sich mächtige Staaten wie die USA bei der OECD-Mindeststeuer über die neuen Spielregeln hinwegsetzen, weckt die verstärkte internationale Kooperation in Steuersachen nun bereits

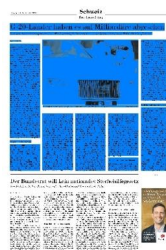
neue Begehrlichkeiten nach dem Motto: Was bei den multinationalen Unternehmen funktioniert, wollen wir künftig auch bei den Milliardären dieser Welt tun.

So verabschiedete die Gruppe der zwanzig grössten Volkswirtschaften (G-20) vergangene Woche in Rio de Janeiro eine Abschlusserklärung, in der sie sich für höhere Steuern für Superreiche starkmacht. «Wir werden uns bemühen, gemeinsam dafür zu sorgen, dass sehr vermögende Privatpersonen effektiv besteuert werden», heisst es darin. Zudem sollen Mechanismen zur Bekämpfung von Steuervermeidung entwickelt werden. Ausdrücklich nicht angetastet werden soll

allerdings die Steuersouveränität der einzelnen Staaten. Konkret heisst das: Die Länder sind nach der Vereinbarung nicht verpflichtet, von den Allerreichsten künftig mehr Steuern zu verlangen.

Das Gastgeberland Brasilien wäre gerne einen Schritt weiter gegangen. So forderte Präsident Lula da Silva am Treffen, dass alle Personen mit einem Vermögen ab einer Milliarde US-Dollar jährlich mindestens 2 Prozent an ihr Heimatland bezahlen müssten. Doch Staaten wie die USA, China und Indien sperrten sich gegen ein solches Steuerprojekt.

**Gegen 3000 Betroffene**



Die Idee der Milliardärssteuer stammt vom französischen Ökonomen Gabriel Zucman, der zusammen mit Thomas Piketty das Projekt «World Wealth and Income Database» leitet. Laut seinen Schätzungen wären von einer solchen Steuer weltweit rund 3000 Privatpersonen betroffen. Insgesamt könnten mit ihr weltweit bis zu 250 Milliarden Dollar an zusätzlichen Steuererträgen erreicht werden. Das entspricht knapp 0,3 Prozent der jährlichen globalen Wirtschaftsleistung.

Zucman war von Brasilien, das in diesem Jahr die G-20-Präsidentschaft innehat, beauftragt worden. Er sollte in einem Bericht darlegen, weshalb es globale Regeln zur Besteuerung von Superreichen brauche. Der Franzose lieferte: Sehr vermögende Personen bezahlten im Verhältnis zu ihrem Einkommen deutlich weniger Steuern als andere soziale Gruppen, und das unabhängig von der Ausgestaltung der spezifischen Steuersysteme der einzelnen Länder und von deren Durchsetzungspraxis, heisst es im Bericht. Der Grund dafür sei, dass bei den Allerreichsten die Progression der Einkommenssteuer nicht greife. Denn diese könne via Firmenkonstrukte jeweils umgangen werden.

Wegen dieses Versagens entgingen den Regierungen substanzielle Steuereinnahmen, folgert der Professor der Pariser Wirtschaftshochschule. «Die Gewinne der Globalisierung werden damit in relativ wenigen Händen konzentriert.» Das sei sozial nicht nachhaltig.

Mit der einstweiligen Absage an eine Milliardärssteuer von 2 Prozent am G-20-Treffen ist das Projekt «Tax the Rich» der G-20 mitnichten vom Tisch. «Man hat zwar noch keinen fixen Zeitplan für eine neue globale Steuer. Die G-20 hat aber klar zum Ausdruck gebracht, dass sie diese Ideen weiterverfolgen wollen», sagt Thomas Hug, Steuerexperte bei Deloitte Schweiz. Er erinnert daran, dass auch die Einführung der Mindeststeuer für Grosskonzerne mit einem solchen Bericht begann, in dem eine künftige koordinierte Besteuerung skizziert wurde. Nach und nach sei diese dann konkretisiert worden.

Zucman präsentiert in seinem Papier

ein Potpourri verschiedenster Instrumente, um Superreiche stärker zur Kasse zu bitten. Neben einer progressiven Besteuerung und der Vermögenssteuer, welche die Schweiz bereits kennt, empfiehlt der Ökonom etwa, dass jeder Staat eine sogenannte Wegzugssteuer einführt. Mit ihr sollen reiche Leute bestraft werden, wenn sie ins Ausland ziehen wollen.

Ebenfalls wird eine Besteuerung nach Nationalität vorgeschlagen. Zieht etwa ein vermögende Schweizer nach Monaco, wo keine Einkommenssteuern erhoben werden, soll er weiterhin der Schweizer Besteuerung unterliegen. Schliesslich soll auch ein grenzüberschreitender Informationsaustausch über sehr vermögende Personen geschaffen werden, indem die 2016 eingeführten länderspezifischen Berichte multinationaler Konzerne mit Informationen über die wirtschaftlich Berechtigten ergänzt werden.

Laut dem Fiskalexperten Hug ist damit zu rechnen, dass einige Länder und namentlich die EU Ideen aus dem Bericht in die Gesetzgebung aufnehmen werden. Zwar gibt es in Brüssel noch keine offizielle Vernehmlassung dazu. Jedoch haben im EU-Parlament bereits mehrere Parteien zum Ausdruck gebracht, dass sie die Vorschläge weiterverfolgen möchten. Laut Hug könnte das auch Folgen für die Schweiz haben: «Es könnte bald Druck auf unser Land ausgeübt werden, nachzuziehen und ebenfalls eine Wegzugssteuer oder eine Besteuerung nach der Nationalität einzuführen.»

## Hierzulande bereits wirksam

Mit Argusaugen verfolgt werden die se Diskussionen auch im Finanzdepartement. «Für die Schweiz ist es wichtig, dass jedes Land bei der Besteuerung von Privatpersonen die Besonderheiten seines Steuersystems berücksichtigen kann», sagt Mario Tuor, Sprecher des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF). Eine einheitliche Regelung für alle Länder sei nicht zielführend.

So verfüge die Schweiz bereits über eine Vermögenssteuer. Diese sie durchaus ergiebig und betrage in der Hälfte

der Kantone mindestens 10 Prozent der Fiskaleinnahmen auf kantonaler und kommunaler Ebene. Auch sei die Besteuerung natürlicher Personen in der Schweiz progressiv ausgestaltet.

Eine weitere Beschneidung der nationalen Steuerhoheit durch eine globale Vermögenssteuer für Milliardäre stösst auch im bürgerlichen Lager auf breiten Widerstand. «Einige Staaten wollen das globale Steuerkorsett immer enger schnüren. Dagegen wehre ich mich», sagt der FDP-Ständerat Andrea Caroni. Wohlhabende Leute würden in der Schweiz heute schon erheblich besteuert und bezahlten unter anderem Einkommenssteuern auf Lohn, Dividenden und Zinsen sowie Vermögenssteuern. «Ein stärkeres internationales Steuerkartell würde den Steuerwettbewerb und die Standortattraktivität der Schweiz schwächen.»

## Kollision mit nationalem System

Auch der Mitte-Ständerat Erich Ettlin reagiert ablehnend. «Die Erfahrungen mit der OECD-Mindeststeuer zeigen, dass sich einige Länder wie die Schweiz sklavisch an das neue Steuerregime halten, während mächtige Staaten wie die USA sich über die Regeln hinwegsetzen.» Das sei nicht fair. Der Innerschweizer befürchtet überdies, dass ein neuer internationaler Standard für Milliardäre mit dem Steuersystem der Schweiz kollidiere, das bereits heute eine Vermögenssteuer kenne. Die Gefahr sei gross, dass die Schweiz und ihre Steuerzahler am Schluss das Nachsehen hätten.

Auch bei der SVP hält man nichts von einer internationalen Steuerharmonisierung für Superreiche. «Bei der OECD-Mindeststeuer für Unternehmen zeigt sich, dass diese ausser der Schweiz nur wenige Länder umsetzen. Es geht nicht an, dass wir diesen Fehler wiederholen», sagt der Fraktionschef Thomas Aeschi. Er betont, dass vermögende Personen aufgrund der starken Progression bei der Bundessteuer bereits heute vergleichsweise hohe Steuern bezahlten. Würden diese Personen noch stärker zur Kasse gebeten, stünden die Steuern in keinem Verhältnis mehr zu den staatlichen Leistungen, die sie erhielten.